

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1206.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Altsadt.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100.— M., durch die Post bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 100.— M., Einzelnummer 5.— M.

Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gelbhaltene Nonpareilzeile 20.— M., Familienanzeigen 14.— M., die 3 gelbhaltene Reklamazeile 75.— M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 3 M.

Nr. 216

Dresden, Freitag den 15. September 1922

33. Jahrg.

Der bürgerlich-kommunistische Block

Der sächsische Landtag, der im Dezember 1920 ins Leben trat, ist vor seinem verfassungsmäßigen Ende dem bürgerlich-kommunistischen Ansturm erlegen. Unter Ablehnung der demokratischen und der sozialdemokratischen Anträge auf verfassungsmäßige Einführung einer befristeten Landtagsauflösung hat er am 14. September 1922 nach zweifelhafte Bewegter Verhandlung beschlossen: Dem Volksbegehren auf Auflösung des Landtags wird stattgegeben; der Landtag löst sich sofort auf. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 53 Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten gegen 39 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen. Die bürgerlich-kommunistische Landtagsmehrheit feierte mit lebhaften Proportoren ihren „Sieg“ über die Sozialdemokratie.

Unrühmlich wie das bisherige Verhalten der kommunistischen Landtagsfraktion seit ihrem Einzuge in den Wallotbau an der Brühlischen Terrasse in Dresden war auch ihr Verhalten in der letzten Sitzung der sächsischen Volksvertretung. Die Kommunisten machten durch ihre unsichere und unbeständige Wendepolitik den berechtigten Vorkommnissen Gestalten nationalliberaler Führung im vorrevolutionären Reichstag in so erfolgreicher Weise den Rang streitig, daß ihre Gruppe im Landtage ganz allgemein nur noch als „Fraktion Drehscheibe“ bezeichnet wurde. Während des zweijährigen Wirkens des Landtags schwankten sie immer wieder aus einem Extrem ins andere. Soudo oft stimmten sie bei wichtigen, dem Wohle der breiten Volksschichten und der republikanischen Weiterentwicklung unersetzliches dienendes gesetgeberischen Arbeiten in brüderlicher Eintracht mit den Bürgerlichen, um erst in letzter Minute schließlich doch noch entgegen ihrer Haltung in den ersten Sitzungen mit den beiden sozialdemokratischen Parteien zu gehen. Wie sie durch diese Eierlätze dem Ansehen der Arbeiterbewegung, dem Respekt vor der politischen Macht der Arbeiterklasse geschadet haben, das kann nur der ermessen, der bei allen solchen Gelegenheiten die herzlichste Freude der Bürgerlichen beobachtet wurde. Wenn die Angst der Kommunisten vor den Wählern nicht gewesen wäre, die sie immer wieder veranlaßte, ihre Unterstützung der bürgerlichen Fraktionen in der Gegnerschaft gegen die Maßnahmen der sozialdemokratischen Gruppen und der aus ihnen hervorgegangenen Regierung nicht bis zum Äußersten zu treiben, sondern bei den letzten Entscheidungen doch noch einzulenken und der sozialdemokratischen Politik eine Mehrheit schaffen zu helfen, so wäre wohl der Landtag schon längst auseinandergegangen. Nur dieser Angst der kommunistischen Führer vor den Arbeitern war es zu danken, wenn Regierung und Regierungsparteien in den vergangenen zwei Jahren schließlich immer wieder eine Mehrheit für ihre Arbeit am Landtage fanden.

Jetzt allerdings, in der letzten Landtagsitzung schlugen sich die Kommunisten endgültig auf die Seite der Bürgerlichen. Sie bildeten mit allen bürgerlichen Fraktionen von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen eine geschlossene Kampffront gegen die Sozialdemokratie und machten so deren Bemühungen, vor der Auflösung des Landtages noch eine Reihe wichtiger Gesetze zu verabschieden, unmöglich. Dadurch verhinderten sie zur freudigen Genugung der ganzen Reaktion z. B. die Vollendung der Gemeindeverfassungsreform, die Beratung und Verabschiedung des dem Schutze der Republik dienenden Gesetzes über die Pflichten der Beamten und Lehrer und über Änderungen des Dienststrafrechts und den Abschluß anderer wertvoller gesetzgeberischer Arbeiten. Sie schlossen die Einheitsfront von ihrem eigenen Führer in der äußersten Front mit einem kühnen Sprunge über die beiden sozialdemokratischen Fraktionen hinweg bis zu dem schwarzesten Reaktionsären.

Bei dieser Sachlage zeigt es von einer verlogenen Unverfrorenheit sondergleichen, wenn die kommunistischen Redner auch in der letzten Landtagsitzung wieder der proletarischen Öffentlichkeit das hohe Lied von der proletarischen Einheitsfront in den höchsten Tönen vorsingen. Man schäme sich doch wirklich die Massen vernebeln zu wollen, wenn man ihnen mit Erfolg vorreden zu können glaubt, die kommunistische Landtagsfraktion verbrüdere sich nur deshalb mit dem Bürgerlichen und der Reaktion, um die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Reaktion herbeizuführen! Wer so einseitig sein sollte, auf diesen faulen Zauber noch heranzufallen und den kommunistischen Rattenfängern immer weiter nachzulaufen, der verdient es nicht besser, als daß er von ihnen an der Nase herumgeführt wird. Man könnte sich damit abfinden, daß Angenehm absolut nicht durch Erfahrungen klug werden, sondern unbedingt stets von neuem auf die kommunistischen Seimruten gehen wollen, wenn nicht eben dadurch die Geschäfte der Reaktion gegen die Arbeiterklasse gefördert würden. Deshalb ist es auch für den, der in der Erkenntnis, daß die Dummheit niemals ganz alle werden, das kommunistische Gruppchen für bedeutungslos hält, doch immer wieder nötig, die Arbeiter auf die Verrätertat der kommunistischen Führer hinzuweisen, die durch das, was sie „Politik“ nennen, bewußt oder unbewußt nur die Geschäfte des Verräters, die Geschäfte der Reaktion, betreiben.

Darüber wird sich jeder, der die Dinge mit offenen Augen betrachtet, auch dadurch nicht hinwegtäuschen lassen, daß die Kommunisten auch in der letzten Landtagsitzung bemüht waren, ihr Verhalten nach Kräften zu vertuschen, indem sie durch das unverschämte und herausfordernde Auftreten ihrer Redner und durch ihre lärmenden Zwischenrufe bei den Reden anderer, besonders sozialdemokratischer Abgeordneter, oft wahre Stürme der Erregung entfesselten.

Das ging sofort los, als nach den Ausführungen des Volksparteilers Büniger, der das auf sofortige Anerkennung des Volksbegehrens auf Landtagsauflösung lautende Mehrheitsgutachten begrüßte, und unfrei Genossen Dr. Graf, der für das die befristete Landtagsauflösung befristete Wählergutachten eintrat, sowie nach kurzen Reden des Demokraten Dehne und des Volksparteilers Blüher der Kommunist Renner zu einer langen Rede ausholte. Die Demagogie, mit der er sozialdemokratische Verurteilungen in ihr direktes Gegenteil umzudeuten und besonders unsern Genossen Bethe das Wort im Munde umzudrehen versuchte, feierte wahre Orgien. Oder ist es etwa nicht Demagogie schlimmster Art, wenn er, um nur ein Beispiel zu nennen, aus Bethes Forderung im Reichsausschuß, in der heutigen Zeit der Not und drohender Hungerrivolten eine landtagslose Periode zu vermeiden, folgerte, der Landtag solle nur deshalb weitertagen, damit den Hungernden und den Hungernden unter keinen Umständen geholfen werden kann? Was soll man dazu sagen, wenn als einziges Mittel gegen die Not die Einsetzung einer Rebenregierung kommunistischer Weirieskräfte mit dem Ziel der Alleinherrschaft, also die Rätediktatur, angewiesen wird, obwohl der Anpreisler, der doch wohl auch schon einiges von dem hunderttausendfachen Hungereisend unter der russischen Rätediktatur gehört haben wird, nicht nur von der Aussichtslosigkeit, sondern auch von der Unmöglichkeit seines Mittels überzeugt sein muß?

Die Genossen Müller von den Unabhängigen und Bethes blieben dem kommunistischen Spiegelbild die Antwort nicht schuldig. Unter der Last des Beweismaterials, das Bethes für die Unfähigkeit der Kommunisten zu praktischer Politik und positiver Arbeit auf dem Gebiete der Volksernährung, des Wohnungswesens und aller andern Fürsorgetätigkeit ins Treffen führte, benahmen sich die Kommunisten wie geächtete Schulbuben. Der Landtag ist aufgelöst, der Wahlkampf steht bevor. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, die bald wieder als die geeinigten Sozialdemokraten fest und geschlossen dastehen werden, müssen ihn gegen zwei Fronten führen. Das sächsische Volk wird dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie stark und mächtig in den neuen Landtag einzieht, damit sie für ihre praktische Politik weder auf die Gnade der absolut unsicheren Reaktionen von links, noch auf die Unterstützung von rechts angewiesen ist. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden sich dafür bedanken, den bürgerlichen Stützen des prebotaatlichen, kapitalistischen Systems mit seinem Ruch- und Schieberum oder den reaktionären

Freunden der alldeutschen Völkerverbände Gefolgschaft zu leisten. Sie werden aber auch den Kommunisten für ihre Verbrüderung mit der Reaktion, für ihren Verrat an der sozialistischen Arbeiterklasse die gebührende Antwort geben. Sie werden dafür sorgen, daß durch eine sozialdemokratische Mehrheit die Festigung der Republik und ihre Weiterentwicklung auf demokratischem Boden im sozialistischen Sinne und Geiste gesichert wird.

Der Zuderwucher soll weiter dahern

Die oldenburgische Regierung hat dem Reichsrat folgenden Antrag unterbreitet:

Es wird beantragt:
Der Reichsrat wolle beschließen, daß für das Betriebsjahr 1. Oktober 1922/23
1. zur Sicherung des Verbrauchs der Bevölkerung an Mundzucker je Kopf und Woche 1/2 Pfund Zuder aus der Inland-erzeugung im Wege der öffentlichen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen ist,
2. an Einmachzuder, Zuder für Zucker und Herstellung von Kunstzucker die nach näherer Bestimmung des Reichsernährungsministeriums notwendigen Mengen an die öffentliche Hand abzuliefern sind.
Die Abgabe des hiernach beschlagnahmten Zuders geschieht nach den §§ 17 bis 20 und 23 der Reichsverordnung über den Verkehr mit Zuder vom 17. Oktober 1917 und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen zu angemessenen, von den Verbrauchern tragbaren Preisen.

Nach Ansicht der oldenburgischen Regierung beträgt die diesjährige Zudererzeugung 30 Millionen Zentner. Um der Bevölkerung wachsend ein halbes Pfund zu sichern, wären 15 Millionen Zentner nötig. Fünf weitere Millionen Zentner würden gebraucht werden, um den Einmachzuder sowie den Zuder für Marmelade und Kunstzucker zu sichern. Der Ueberschuß von 10 Millionen Zentnern und der zur Einfuhr gelangende Auslandzuder soll der freien Preisbildung und dem freien Handel überlassen werden. Für die von der Zwangswirtschaft ersparten 20 Millionen Zentner soll in den Raffinerien Beschlagnahme erfolgen und ein behördlich festgesetzter Preis gelten. Im Gegenzug zu diesem Antrag der oldenburgischen Regierung, der der Bevölkerung wenigstens ein Mindestmaß von Zuder sichern will (ein halbes Pfund pro Kopf und Woche ist angefaßt der Milch- und Fettknappheit nicht übermäßig viel), will das Reichsernährungsministerium auch für die Zukunft im Handel freien Zuderverkehr und freie Preisbildung beibehalten. Es will lediglich das Verbot beibehalten, aus Inlandzuder Völkere und Zuderwaren zu erzeugen, solange nicht der Zuderverbrauch der Bevölkerung gedeckt ist. Das Reichsernährungsministerium fürchtet, andererlei Preise neben Unzulänglichkeiten ab. Die Zustände sollen bleiben, wie sie sind, weil man den Widerstand der Interessenten scheut. Angesichts der Haltung des Ernährungsministeriums, die auch nicht ein fränkchen Verständnis für das Notwendige zeigt, müssen die Parlamente mobil gemacht werden. Eine tut not, denn hat der neue Zuder erst wieder die Raffinerien verlassen, so ist ein Eingreifen zwecks Zwangswirtschaft unmöglich.

Vor einem Umschwung in Frankreich?

In Pariser politischen Kreisen kursiert seit einigen Tagen das Gerücht, Poincaré beabsichtige sein Kabinett zu einem Ministerium der nationalen Koalition zu erweitern. Wenn solche Absichten tatsächlich bestehen sollten, so dürfte das in erster Linie auf die wachsende Gegnerschaft zurückzuführen sein, die Poincaré nicht nur auf der linken, sondern auch von der französischen Schwerindustrie gemacht wird, mit der er es gründlich verstanden hat. Und zwar sowohl mit der Richtung, die eine Besetzung des Ruhrgebietes erstrebt, wie mit jenen Schwerindustriellen, die auf ein Einvernehmen mit der deutschen Großindustrie hinarbeiten, und die hinter dem Abkommen Stimes- de Luderfac stehen.

Nach andern Meldungen aus Paris rechnet man dort beim Wiederbeginn der parlamentarischen Verhandlungen sogar mit einem Regierungswechsel. Als aussichtsreicher Nachfolger Poincarés wird vielfach Loucheur bezeichnet. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten wird annehmend von den Industriekreisen gewürdigt, die auf eine Verständigung mit Deutschland hinarbeiten.

Jedenfalls deuten die Nachrichten, die heute aus Frankreich kommen, darauf hin, daß sich ein Stimmungsumschwung abzeichnet. Die tönenden Reden Poincarés können nicht darüber fortzuführen, daß seine Stellung bedenklich ins Wackeln gerät, und daß es heute schon fraglich ist, ob er noch die Mehrheit des Parlaments hinter sich hat.

Englands Druck auf Frankreich

Nach einer Meldung aus Paris hat die Londoner City infolge der ungenügenden Verteilung der Reparationsabhandlungen große politische Unzufriedenheit auf den Markt geworfen, so daß die französische Delegation gegenüber der Kommande

verschlechtert hat. Ferner wurden von London aus im Zusammenhang mit dem englisch-französischen Konflikt in der Delenfrage alle französischen Botsenpapiere in solchem Umfange angehalten, daß die Pariser Botschaft nicht imstande ist, das auf den Markt kommende Material anzunehmen. Während alle französischen Botsenpapiere stark zurückzuführen werden, werden die in Paris gehaltenen englischen und amerikanischen Papiere von der Botschaft kaum berührt. In Finanzkreisen erblickt man in diesen Vorgängen einen Beweis dafür, daß die englische Hochfinanz ihre Absicht zu verwirklichen beginnt, auf Frankreich einen wirtschaftlichen Druck auszuüben.

Verhandlungen mit England

Reichsbankpräsident Havenstein ist am Donnerstagabend auf Wunsch englischer Regierungskreise nach London gereist, um dort neue Verhandlungen über die Beilegung der gegenwärtigen Krise zu führen.

Auf englischen Wunsch ist bekanntlich die Sicherstellung der Autonomie der Reichsbank erfolgt, und es mußte deshalb die Forderung auf Hinterlegung eines Goldbestandes von der Reichsbank gemässert werden, als ein Vorstoß gegen die englischen Bestrebungen zur Stabilisierung der Mark gewertet werden. Diese Bestrebungen sind aber unvereinbar mit einer Hinterlegung eines größeren Goldfonds aus dem Bestand der Reichsbank im Ausland.

Eine Lösungsmöglichkeit bestände darin, daß die Bank von England Belgien gegenüber Garantien für die Einlösung der Schatzwechsel innerhalb sechs Monaten leistet, während Deutschland sich unter den zunächst Belgien angebotenen Garantien der Bank von England gegenüber verpflichtet, innerhalb 18 Monaten die herausgelagerte Summe zurückzuerstatten.

Nach dem V. L. wird die belgische Note vor dem Abschluß dieser neuen Verhandlungen in London von der deutschen Regierung nicht beantwortet werden.